

SPAM-Info



Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Sympis

Hiermit geben wir unser erstes SPAM in diesem Jahr heraus, dies erst im September, weil uns im März der Coronavirus in die Quere kam. Für die einen war die durch den Lockdown bedingte Ruhe wie ein sehr langer Sonntag, für andere hingegen existenzbedrohend.

An dieser Stelle wünschen wir allen, die im Service, der Kunst und als Selbständige in kleinen Betrieben arbeiten, viel Kraft für die aktuelle Zeit.

Gleichzeitig möchten wir klarstellen, dass Dankbarkeit für die Pflegenden, das Putzpersonal, die Kinderbetreuenden und die Detailhändler*innen nicht ausreicht. Gemeinsam müssen wir für bessere Löhne in diesen Bereichen kämpfen!

Nun zum Inhalt dieser SPAM-Ausgabe: Auf Seite 2 berichtet Martina über die Begrenzungsinitiative der SVP. Eine Initiative, die unseren Beziehungen zur EU massiv schadet, aber auch sehr persönliche Konsequenzen haben könnte.

Oliver von Hirschheydt schreibt anschliessend über den Vaterschaftsurlaub.

Einen Einblick in die Abstimmungsvorlage zur Änderung des Zusatzleistungsgesetzes gibt uns Silvana auf Seite 3. Im Text erläutert sie, was diese kantonale Vorlage für die Stadt Winterthur bedeuten kann.

Leider konnten wir uns dieses Jahr nicht wie gewohnt im Restaurant Obergass zur Jahres-MV versammeln. Daher liegt der Jahresbericht 2019/2020, in welchem wir unsere Aktivitäten des vergangenen Jahres festhalten, nun diesem SPAM bei.

Ausserdem müssen wir euch mitteilen, dass Jasmin per nächster Jahres-MV (ca. Juni 2021) als Co-Präsidentin zurücktreten wird. Wir bedauern Jasmins Schritt sehr, sind ihr aber sehr dankbar für ihre aktive Beteiligung im Vorstand und an unseren Veranstaltungen.

Veranstaltungen: Altstadttrudgang mit Paul Leemann, Details folgen noch.

Liebe Grüsse



Jasmin Schmid und Florina Pantli
Co-Präsidium SP Altstadt/Mattenbach

Vorlagen & Parolen

vom 27. September 2020

Kantonal:

JA Zusatzleistungsgesetz (ZLG)

JA Strassengesetz (StrG)

National:

NEIN Volksinitiative „Für eine massvolle Zuwanderung“ (Begrenzungsinitiative)

NEIN Änderung des Jagdgesetzes

NEIN Änderung des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer (Kinderabzug-Bschiss)

JA Änderung des Erwerbbersatzgesetzes (Vaterschaftsurlaub)

NEIN Beschaffung neuer Kampfflugzeuge

Abstimmung über die Änderung des Zusatzleistungsgesetzes

von Silvana Naef

Zusatzleistungen helfen, den Existenzbedarf zu decken, wenn AHV/IV-Renten und weitere eigene Mittel nicht ausreichen. Die Stadt Winterthur leistet in über 4200 Fällen Zusatzleistungen zur AHV oder IV. Die Änderung des Zusatzleistungsgesetzes sieht eine Erhöhung des Kostenanteils von Bund und Kanton von 50 auf 70 Prozent vor. Entsprechend reduziert sich der Gemeindeanteil bei den Zusatzleistungen zur AHV und IV von 50 auf 30 Prozent. Damit werden die Gemeinden entlastet und die Unterschiede zwischen den Gemeinden verringert. Aufgrund von Modellrechnungen hätte die Gesetzesänderung für die Stadt Winterthur – basierend auf den Zahlen von 2018 – positive Auswirkungen von rund 15 Millionen Franken.

Die Parlamentarische Initiative (PI) von Rosmarie Joss (SP), Marcel Lenggenhager (BDP) und Martin Neukom (Grüne), welche verlangte, im Finanzausgleichsgesetz einen Sozillastenausgleich zu regeln, wurde am 1. Dezember 2014 im Kantonsrat vorläufig unterstützt. Am 18. Juni 2018 schlug die vorberatende Kommission für Staat und Gemeinden vor, die PI zu einer Änderung des Zusatzleistungsgesetzes umzuwandeln. Dieser nach sechs Jahren zustande gekommene, breit abgestützte Kompromiss basiert auch auf den Zahlen aus dem Gemeinde- und Wirkungsbericht 2017 des Regierungsrates. Zur Abstimmung über die Vorlage kommt es, weil die SVP das Referendum ergriffen hat.

Das Thema Sozillastenausgleich beschäftigt in der Stadt Winterthur bereits seit längerer Zeit. Schon 2013 erkannte der Winterthurer Stadtrat, dass der fehlende finanzielle Ausgleich bei den Sozillasten einen strukturellen Mangel im Kanton Zürich darstellt. Auch im Rahmen der städtischen Sanierungsprogramme effort14+ und Balance wurde deutlich, dass eine ausgeglichene Rechnung in Winterthur ohne eine faire Sozillastenverteilung mittelfristig nicht realisierbar ist. Ein gerechter Sozillastenausgleich wurde weiter in einer von mir

und Katrin Cometta (GLP) eingereichten Interpellation vom 27. Februar 2017 (GGR-Nr. 2017.23) thematisiert, wobei der Stadtrat in der Beantwortung die Problematik und das Engagement in diesem Bereich detailliert aufzeigen konnte. In der Beantwortung einer dringlichen Interpellation von Bea Helbling (SP) und Mitunterzeichnender aller Fraktionen ausser der SVP vom 1. Juli 2020 (GGR-Nr. 2020.76) hat der Stadtrat am 19. August 2020 festgehalten, dass er ein Ja empfiehlt und die Gesetzesänderung eine hohe strategische und finanzielle Bedeutung für die Stadt Winterthur hat, weshalb sämtliche Stadtratsmitglieder Mitglied des Abstimmungskomitees «Ja zum fairen Ausgleich – Ja zum Zusatzleistungsgesetz» sind. In Winterthur setzen sich die Parteien AL, CVP, EVP, FDP, GLP, Grüne und SP gemeinsam für ein Ja zur Änderung des Zusatzleistungsgesetzes ein, was ebenfalls zeigt, dass es sich lokal um einen breit abgestützten Kompromiss handelt.

Stimmen wir daher Ja zur Änderung des Zusatzleistungsgesetzes, um wenigstens in einem Teilbereich einen wichtigen Schritt hin zu einer faireren Verteilung der Sozialkosten im Kanton Zürich zu tun.

www.zlg-ja-winterthur.ch

www.fairer-ausgleich.ch

Ja zum Vaterschaftsurlaub

von Oliver v. Hirschheydt

Noch so oft kann von Gleichberechtigung gesprochen werden. Frauen sind nach wie vor benachteiligt: Sie verdienen in gleicher Position weniger als Männer und selbst ihre Gesundheitskosten sind höher.

Diesmal geht es darum, mehr Gleichberechtigung in der Familienpolitik zu erwirken. Väter, welche bis anhin für ihr Neugeborenes zur Stelle sein wollten, konnten dies nur am Wochenende oder nach einer Arbeitspensumsreduktion tun. Denjenigen, welchen beides nicht möglich war, durch nicht verkräftbare Einkommenseinbussen oder unregelmässige Arbeitsschichten, offerierte der Staat einen (!) freien Tag. Kurz gesagt: Um dem neusten Familienmitglied das Beste für die nächs-



ZUM FAIREN

ZUSATZLEISTUNGSGESETZ

Regionalkomitee
Winterthur

ten zirka 20 Jahre des Zusammenlebens mitzugeben, wurden dem Vater genau 24h zugesprochen.

Der bereits etablierte zweiwöchige Schwangerschaftsurlaub eröffnet der Mutter diesbezüglich mehr Möglichkeiten. Die Schweiz ist in Europa das einzige Land ohne Vaterschaftsurlaub! Entgegen den Argumenten der SVP ist der Vaterschaftsurlaub mit maximalen jährlichen Kosten von 230 Mio. Franken bei einer recht konstanten Geburtenrate von ca. 87'000 Geburten absolut finanzierbar.

Mit der Abstimmung über 14 Tage Vaterschaftsurlaub wird die Aufmerksamkeit diesem Thema gewidmet und einen Weg der Besserung vorgeschlagen.

Leben wir in einer emanzipierten Zeit?

Nein, aber wohl in einer Zeit der Emanzipation. Ein JA zu 14 Tagen Vaterschaftsurlaub ist somit nicht nur ein Kind seiner Zeit, sondern auch ein konsequenter Schritt Richtung Gleichberechtigung.

Argumente gegen die Begrenzungsinitiative (Kündigungsinitiative)

von Martina Niedermann

Zur Erinnerung: die Bilateralen I, welche mit Jakob Kellenberger einen hervorragenden Chefunterhändler hatten, wurden 1999 mit damals nur 12 EU-Staaten erfolgreich verhandelt und 7 Rahmenverträge wurden abgeschlossen, in denen der Landverkehr, der Luftverkehr, Beseitigung technischer Handelshemmnisse etc. geregelt wurden. Es wurde leider auch eine sogenannte Guillotine-Klausel eingefügt, die besagt, dass wenn die Schweiz später einen dieser sieben Rahmenverträge

ge kündigt, alle 7 Verträge hinfällig werden. Damit wollte die EU verhindern, dass die Schweiz Rosinenpickerei betreiben kann. Als Gesamtpaket ist unbestritten, dass die Schweiz extrem von diesen Bilateralen I profitiert hat, auch weil wir ein Exportland sind und Güter im dreistelligen Milliardenbereich in die EU exportieren: Im Jahr 2019 wurden Waren im Wert von rund 242,3 Milliarden Schweizer Franken („Konjunkturelles Total“) bzw. 312 Milliarden Schweizer Franken („Gesamttotal“) aus der Schweiz exportiert. Beide Werte stiegen gegenüber dem Vorjahr an. Mit den Bilateralen II wurde die Schweiz Mitglied bei Schengen/Dublin und weitete die Zusammenarbeit zur Aufklärung von Betrugsfällen aus. Zudem wurde ein Abschluss der Verhandlungen über Landwirtschaftsprodukte, Umwelt, Medien, Bildung, Altersversorgung, Statistik und Dienstleistungen beschlossen. Hier verhandelte u.a. Michael Ambühl als Staatssekretär des Bundes wiederum erfolgreich, obwohl es nun schon 15 Mitgliedsländer waren, die alle einverstanden sein mussten. Heute mit aktuell 27 Staaten aus der Osterweiterung, darunter Polen, welches sich ohnehin benachteiligt fühlt und es der Schweiz nicht gönnen kann, dass sie damals so erfolgreich verhandelte, ist es absolut undenkbar, dass die EU-27 nochmals so viele Zugeständnisse machen würde wie 1999. Ergo dürfen die Bilateralen I und II unter keinen Umständen aufgegeben werden.

Die Schweiz hat auch dank vielen kostengünstigen Arbeitskräften die Wirtschaftskrise der vergangenen Jahre nachweislich besser überstanden als umliegende Länder. Die Arbeitslosenquote sank zudem kontinuierlich. Ebenso wurde der akute Fachkräftemangel entschärft und die Überalterung der Schweizer Bevölkerung gesenkt. Geben wir also die Bilateralen I und II nicht leichtsinnig auf und legen am 27. September ein Nein ein! Und lassen wir uns nicht kurzfristig einlullen mit Schein-Argumenten, welche vor allem Corona geschuldet sind und weltweit alle betreffen.

Unter www.begrenzung-nein.ch/argumente finden sich weitere Argumente dagegen.



Jahresbericht 2019/2020 SP Altstadt/Mattenbach

von Jasmin Schmid

Am 13. Juni 2019 fand die letzte Jahresversammlung der SP Altstadt/Mattenbach statt. Oliver von Hirschheydt stellte sich vor und wurde neu in den Vorstand gewählt. Der Vorstand tagte im 2019/2020 vier Mal und verfasste 2 SPAM-Infos.

Am 15. Juni 2019 organisierte Selim Gfeller ein Strassenfest, das von den Anwohnern gut besucht und geschätzt wurde.

Am 28. September organisierten wir den Sessionsbrunch mit Mattea Meyer und Selim Gfeller, der auch zum Postkartenschreiben genutzt werden konnte. Der Brunch war sehr gut besucht und es konnten viele Postkarten verschickt werden.

Vor der MV im Herbst 2019 trafen sich Benedikt und Oliver mit Neumitgliedern unserer Ortspartei, um anschliessend gemeinsam an die MV zu gehen.

Das alljährliche Vorstandessen fand dieses Mal am 17. Januar 2020 im Restaurant zum Löwen statt.

Am 25. Januar 2020 fand das Spaghettiesen bei Paul Lehmann statt. Ganz herzlichen Dank an ihn für die Organisation und die grosse Gastfreundschaft.

Aufgrund von Corona wurden ab März 2020 sämtliche geplanten Aktivitäten, SPAMs und Sitzungen abgesagt. Auch die Jahres-MV der SP Altstadt Mattenbach fiel ins Wasser. Der Vorstand wird noch bis nächstes Jahr in derselben Zusammensetzung weitermachen. Jasmin Bertsch hat ihren Rücktritt aus dem Vorstand per Juni 2021 angekündigt. Interessierte Mitglieder, die sich ein Mitmachen im Vorstand vorstellen können, dürfen sich gerne an ein Vorstandsmitglied wenden.

